

GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 38 38. Jg.

18. Sept. 1925

ORGAN DES VERBANDES DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER UND VERWANDTE BERUFE.

Abonnement. Die Graphische Presse erscheint wöchentlich freitags. Abonnementspreis 0,25 Mk. exkl. Zustellung pro Monat. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573). Für die Länder des Weltpostvereins 0,50 Mk.

Redaktion:

Hans Ronnger, Berlin N 24, Elsassstraße 86-88 III. Redaktions-schluß: Montag. Telefon Amt Norden 4268
Verlag: Johannes Haß, Berlin N 24. -- Druck und Expedition: Conrad Müller, Scheideititz-Liepsig, Auguststraße 8-9.

Insertion. Für die viergespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,50 Mk., bei Wiederholung Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 0,30 Mk. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. -- Zuschriften an die Expedition erbeten. **Postverlagort** Schönefeld.

Einschreibebriefe.

Die Deutsche Reichspost ist zweifellos eine nützliche Einrichtung, wenn ihre Maßnahmen auch letzthin stark der Kritik ausgesetzt waren. Daran kann auch der stark duftende Höflichkeitsskandal nichts ändern, der lediglich Ausfluß einer dreckigen reaktionären Politik war. Und diese nützliche Einrichtung hat wieder einen besonderen Vorzug, nämlich den, Einschreibebriefe versenden zu können.

Der durch die Deutsche Reichspost ermöglichte briefliche Verkehr der Menschen untereinander erlaubt die verschiedensten Formen dieses Verkehrs und zwar von der Postkarte bis zum Werbebrief. Obwohl die Gewissenhaftigkeit und Findigkeit der Jünger Stephans sprichwörtlich sein soll, redet man von „Briefen, die ihn nicht erreichten“. Andererseits soll der bekannte „günstige Wind“ nicht selten auch von der Post her wehen. Kurzum, auch die bei der Deutschen Reichspost anzutreffende menschliche Unzulänglichkeit und ihre Erkenntnis hat dazu geführt, für besondere briefliche Mitteilungen besondere Einrichtungen zu treffen, die den bekannten „günstigen Wind“ ausschalten und „ihn erreichen“ lassen sollen: Diese besondere Einrichtung sind die Einschreibebriefe, die nur unter besonderer Bestätigung des Empfängers dem Adressaten ausgehändigt werden und so alle Vorsicht einschließen, die wichtige, geheim zu haltende Mitteilungen erfordern.

Diese Einrichtung der Einschreibebriefe der Deutschen Reichspost hat sich der Schutzverband Deutscher Steindruckereibesitzer zunutze gemacht. Aber belleibe nicht etwa deshalb, um die rückständige Propaganda für die Erzeugnisse des Steindruckgewerbes neuzzeitlichen Notwendigkeiten anzupassen. Propaganda für das Gewerbe zu treiben, überläßt man getrost der angeblich lohnwuchertreibenden Gehilfenschaft, in der anscheinend sehr richtigen Erkenntnis, daß dazu auch Fähigkeiten gehören. Der Schutzverband hat ja auch wichtigeres zu tun. Denn wer, wie unsere deutsche „Wirtschaft“ — zu der sich auch die deutschen Steindruckereibesitzer zählen — einen solchen wirtschaftlichen Riesenbrand ansteckt, wie der in die Welt gesetzte Zollwucher durch die Kleine Zollvorlage ihn ausmacht, der hat alle Hände voll zu tun, zu verhindern, daß dieser Brand ihn nicht auch mit erfaßt.

So eigenartig es auch klingen mag, ist es doch Tatsache, daß der Schutzverband Deutscher Steindruckereibesitzer sich gegen die Auswirkungen einer verfehlten reaktionären Wirtschaftspolitik durch Einschreibebriefe zu schützen sucht. Unsere Vermutung, daß die Mitwirkung der „Spitze“ der deutschen „Wirtschaft“ an der „Verhinderung ungünstiger Entwicklung der Preisgestaltung“ darin bestehen würde, daß sich die deutsche „Wirtschaft“ mit allen Mitteln gegen eine Anpassung der Löhne an die gestiegenen Kosten des notwendigen Lebensbedarfes stemmen, und der Schutzverband Deutscher Steindruckereibesitzer den getreuen Fridolin mimen würde, hat sich getäuscht. Ein anderes Verhalten wäre auch gegen die Tradition gewesen. Und so ergab sich ganz folgerichtig, daß die am 12. August in Weimar tagende außerordentliche Mitgliederversammlung des Verbandes Deutscher Steindruckereibesitzer lediglich ein Glied in der Kette der Unternehmerverordnungen war, unter allen Umständen zu verhindern, daß die Arbeiter die durch den Zollwucher hervorgerufene Verteuerung des notwendigen Lebensbedarfes durch eine Neuregelung der Löhne in etwas ausgleichten. Und das Mittel dieser Verhinderung sollen die Einschreibebriefe des Schutzverbandes sein.

Daß auch die Weimarer Mitgliederversammlung des Schutzverbandes in erster Linie einer „Verhinderung ungünstiger Entwicklung der Preisgestaltung“ der „Ware“ Arbeitskraft dienen mußte, geht neben den gefaßten Beschlüssen auch aus dem Bericht hervor, den das „Steindruckgewerbe“ über die Versammlung gegeben hat. Nach diesem Bericht soll schon die Ausschussitzung, die der Versammlung vorausging, gezeigelt haben, „wie ernst die Lage unseres Gewerbes durch die ganz anormale Lohnent-

wicklung geworden ist.“ Unser Gewerbe sei dadurch auf dem besten Wege, seine Konkurrenzfähigkeit vollkommen zu verlieren. Die früheren Abnehmer der Erzeugnisse unseres Gewerbes gäben bei Angeboten unserer gewerblichen Produkte immer wieder die stereotype Antwort, daß die deutschen Erzeugnisse zu teuer sind. Das ist dem Schutzverband auch kein Wunder, denn eine von ihm auf angeblich einwandfreier Grundlage aufgebaute Lohnstatistik, die in Vergleich mit den Friedenslöhnen gesetzt worden sei, zeige eindeutig, daß durchschnittlich die Löhne gegenüber dem Friedensstand um mindestens 50 Proz., in vielen Fällen noch um mehr gestiegen seien. Diese Lohnentwicklung in unserem Gewerbe sei keine normale mehr. Der Schutzverband habe es in den vergangenen Jahren wirklich an Nachgiebigkeit nicht fehlen lassen, jetzt sei es aber mit dieser Nachgiebigkeit aus. Die Mitgliederversammlung in Weimar sei deshalb darangegangen, „der stürmischen Lohnentwicklung eine Grenze zu ziehen, die nicht überschritten werden darf, wenn nicht beide Teile, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, den Ast absägen sollen, auf dem sie gemeinsam sitzen.“ Das ist nach Meinung des Schutzverbandes keine willkürliche Beschlussfassung, sondern der Ausdruck des Selbsterhaltungstriebes, der angeblich beide Teile, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, interessiert. Und dieser Selbsterhaltungstrieb hat sich nun in Einschreibebriefen ausgetobt.

Aber bei dem Beschlusse, „der stürmischen Lohnentwicklung eine Grenze zu ziehen, die nicht überschritten werden darf“, ist die Schutzverbandsversammlung bei ihrer bekannten Großzügigkeit der Verunglimpfung der produktiven Kräfte des Gewerbes nicht stehen geblieben, sondern hat noch weitgehende Beschlüsse gefaßt. Da der Schutzverband in richtiger Erkenntnis der Tatsache, daß die öffentliche Bekanntgabe dieser Beschlüsse im Nu den gewerblichen Frieden zum Verhängnis des Gewerbes zerschlägt, seine Mitglieder durch Einschreibebriefe von den gefaßten Beschlüssen in Kenntnis gesetzt hat, die nicht an der Versammlung teilgenommen haben, wollen auch wir, nur im Interesse des Gewerbes, das Postgeheimnis nicht läßt. Es genügt zur Informierung der Kollegen auch vollständig, zu wissen, daß der Schutzverband in „rechter“ Auslegung der Tarifbestimmung, daß der Lohn nach Leistungsfähigkeit und Dauer der Beschäftigung zu bemessen ist, beschlossen hat, „der stürmischen Lohnentwicklung eine Grenze zu ziehen, die nicht überschritten werden darf.“ Die „stürmische Lohnentwicklung“ soll, nebenbei bemerkt, das Ergebnis des von den Gehilfen inszenierten kleinen „Budenzaubers“ sein. Da die Gehilfen bis zum Zusammenbrechen mit Tarifbrüchen beladen seien, könne niemand bestreiten, daß die in Weimar vom Schutzverband „gefäßten Beschlüsse eine von der Gegenseite heraufbeschworene unbedingt notwendige Gegenmaßnahme darstellen“, die angeblich auch „einen Selbstschutz der Betriebe unseres Gewerbes und damit auch gleichzeitig einen Schutz der Arbeitnehmer gegen Beschäftigungslosigkeit“ bedeuten. Der Ausdruck dieses Schutzes der Gehilfen sind die gegen die Gehilfen gerichteten Einschreibebriefe.

Schon aus den wenigen von uns zitierten Sätzen der schutzverbändlichen Begründung des angeblich „unbedingt notwendigen Selbstschutzes“ der Unternehmer und der Gehilfen geht die Fadscheinigkeit der ganzen Aktion einwandfrei hervor. Von dieser Fadscheinigkeit schneien die Akteure auch vollkommen überzeugt zu sein. Denn wenn die angeblich „stürmische Lohnentwicklung“ im Gewerbe wirklich das Unheil angerichtet hätte, das die Unternehmer schwarz in schwarz an die Wand zu malen belieben, hätten auch andere Leute von diesem Unheil schon etwas merken müssen. Gewiß, der Absatz unserer Waren nach dem Auslande hat ganz erheblich nachgelassen. Aber jedes Kind wußte doch vor Ausbruch des Weltkrieges, daß nach Beendigung dieses Krieges die weltwirtschaftliche Situation etwas anders aussehen würde als vorher. Das ist den Kriegstreibern doch wirklich lang und kurz vorher vorgekaut worden. Wenn auch in dem Falle die „Wirt-

schaft“ mit ihrer bekannten Blindheit gesegnet war und jeden Blick für die gegebenen Kräfteverhältnisse vermissen ließ, soll man das gefälligst selbst ausbaden. Aber auch nach Beendigung des Krieges haben besonders unsere Unternehmer doch nichts unterlassen, die gewerbliche Auslandskonkurrenz zu stärken. Die „stürmische Lohnentwicklung“ im Gewerbe während der Inflationszeit, die infolge der geradezu verbrecherischen Lohnpolitik der Unternehmer in ihrer schlechtesten Zeit einem 14 Gehilfen für eine Wochenarbeitsleistung 168 Goldpfennige an Lohn einbrachte, könnte doch gar nichts anderes zum Ergebnis haben, als daß die von den Unternehmern eingeschätzten, höchstqualifizierten Kräfte bei gutem Winde den Staub dieses so „gesegneten“ Landes von ihren Füßen schüttelten und den Unternehmern ihre Arbeitskraft zur Verfügung stellten, die sich alle Finger danach leckten und einen relativ anständigen Lohn als Gegenleistung für gegebene Leistung boten. Wir haben schon damals gegen das gewerbewillstehende Treiben der Unternehmer, statt Ware Arbeitskraft zu exportieren, Protest eingelegt, aber schon damals — und heute scheint diese Krankheit noch mehr zu grassieren — war die eingebilbete wirtschaftspolitische Erkenntnis unserer Unternehmer so groß, daß sie jeden Rat der Gehilfenvertretung in deplazierter Überheblichkeit ablehnen zu müssen glaubten. Freilich, wir haben uns damals nicht des Mittels der Einschreibebriefe bedient. Die Schwierigkeiten im Absatz der gewerblichen Erzeugnisse nach dem Auslande resultieren also ausschließlich aus der grandiosen Einsicht der „Wirtschaft“ in den Gang der weltwirtschaftlichen Entwicklung. Und um das, was in bekannter Weitsichtigkeit zu Boden gebracht worden ist, wieder aufzurichten, soll nun der Druck auf die Arbeitslöhne in unserem Gewerbe erhalten.

Ist auch nicht zu bestreiten — die Gehilfenschaft hat dem vielmehr immer das Wort geredet —, daß das Gewerbe ein Interesse daran hat, seinen Warenabsatz nach dem Auslande wieder zu steigern, so ist das nicht gegen, sondern nur mit der Gehilfenschaft zu erreichen. Einschreibebriefe, die einer Kampfansage an die Gehilfenschaft verfeuert ähnlich sehen, werden deshalb das gerade Gegenteil von dem erreichen, was sie erreichen sollen. Wenn wirklich die Exportunmöglichkeit des Gewerbes immer mehr zutage tritt, helfen Einschreibebriefe, „Stimmbeschlüsse“ enthaltend, dagegen absolut nichts. Auch Druck auf die Löhne ist das verkehrteste Mittel, den Warenexport beleben zu wollen. Das beweist die Praxis doch zur Genüge. Wenn das „Steindruckgewerbe“ behauptet, daß das Gewerbe durch die „stürmische Lohnentwicklung“ in seinem Fortgang zu Bruch gehen müsse, so muß es sich die Gläubigen erst suchen. In Gehilfenkreisen wird es solche Gläubige nicht finden und die Unternehmer werden ihre Gläubigkeit nur mit einem Augenzwinkern beteuern. Denn der „Allgemeine Anzeiger für Druckereien“ spricht in seiner Nr. 57 vom 1. September aus, was ist, wenn er vom deutschen Steindruckgewerbe feststellt: „Die weitaus größte Mehrzahl der Betriebe arbeitet rationell und bei der heutigen Konjunktur und bei annehmbaren Preisen auch wohl ganz rentabel.“ Wenn dennoch über geringe Rentabilität geklagt wird, trotz guter Preise und reicher Aufträge ... so kann nur der Mangel an geeigneter Betriebsorganisation schuld sein.“ Hier liegt unserer Meinung nach der Hase im Pfeffer! Wenn man sich in Steindruckereibesitzerkreisen dazu aufschwingen könnte, endlich die aus falscher Sparsamkeit sich ergebenden Behinderungen im Produktionsprozess zu beseitigen, dürfte viel zur Steigerung der gewerblichen Produktivität geschehen sein. Wenn der Schutzverband zur Bekämpfung dieses Übels Einschreibebriefe losläßt bis er schwarz wäre, könnte dies nur die Zustimmung der Gehilfenschaft finden. Denn die Gehilfenschaft begreift durchaus, daß man seine eigenen Gebrechen nicht auf öffentlichem Markte ausstellt. Sie begreift aber nicht, daß man „unbedingt notwendige Maßnahmen“, die „auch im Interesse der in unser Gewerbe beschäftigten Arbeitnehmer“ liegen sollten, in Geheimkonventionen, ohne ihre Mitwirkung und ohne von

diesen „unbedingt notwendigen Maßnahmen“ Kenntnis zu haben, beschließt, und dann schließlich noch erwartet, daß sich die Gehilfen-schaft diesen angeblich „unbedingt notwendigen Maßnahmen“, die man nur durch „Einschreibebriefe“ bekanntzugeben anscheinend alle Veranlassung hat, fügt. So sieht der Hut nun doch nicht!

Aber welche „Maßnahmen“ die Steindruckereibesitzer für „unbedingt notwendig“ halten, um der angeblich „stürmischen Lohnentwicklung eine Grenze zu ziehen“ und ob sie die in ihrer Mitgliederversammlung gefaßten Beschlüsse durch *Einschreibebriefe* den Mitgliedern des Verbandes Deutscher Steindruckereibesitzer bekanntgeben, ändert nichts daran, daß die Annahme der „Kleinen Zollnovelle“ eine wesentliche Senkung des Reallohnes mit sich gebracht hat. Das erzwingt, wollen die Kollegen nicht noch einmal das Opfer wirtschaftspolitischer Raffkes sein, daß sie einen Ausgleich für die künstlich gesteigerten Kosten des Lebensbedarfes durch Angleichung ihrer Löhne an diese Kosten fordern. Dazu bedarf es natürlich keiner Einschreibebriefe. Die Kollegen haben diesen Zollwucher nicht gewollt, sondern ihn auf das entschiedenste bekämpft. Die durch Annahme der „Kleinen Zollnovelle“ eingetretene Teuerung ist deshalb nicht ihre Schuld. Es darf deshalb keine Rede davon sein, daß der Kollegenschaft die Folgen dieses Tuns aufs Haupt kommen! Sollten die Einschreibebriefe aber bewirken, daß die Unternehmer keine Geneigtheit zeigen, die künstlich herabgeminderte Kaufkraft des Arbeitslohnes auf seine alte Kaufkraft aufzuwerten, liegt auch keine Veranlassung vor, den Unternehmern die alte Kaufkraft in Form geleisteter Arbeit zu geben. Wir haben bisher nie den Standpunkt vertreten: „wie der Lohn, so die Arbeit“. Aber nachdem festgestellt ist — und diese Feststellung trifft ins Schwarze — daß unsere Betriebe rationell und ganz rentabel arbeiten, treibt nur öde Profitsucht dazu, den produktiven Kräften des Gewerbes bei verteuerten Lebenshaltungskosten einen Lohnausgleich zu versagen. Dem muß ganz entschieden entgegengetreten werden, und wenn der Schutzverband jedem seiner Mitglieder zehn Einschreibebriefe schickt. Inflationlöhne kommen nicht wieder!

Sicherung des Reallohnes.

Der 12. Gewerkschaftskongreß zu Breslau hat auch zu der von den deutschen Unternehmerverbänden verfochtenen Lohnpolitik Stellung genommen und die Stellung der Gewerkschaften zur Lohnfrage durch folgende Entschliebung, die den Mitgliedern nicht durch Einschreibebrief bekannt gegeben wird, festgelegt;

„Die von den deutschen Unternehmerverbänden verfochtene Lohnpolitik führt andauernd zu umfangreichen Lohnkämpfen, die die deutsche Wirtschaft unheilvoll erschüttern. Die Löhne des weitaus größten Teiles der deutschen Arbeitnehmer erreichen bei weitem nicht den Realwert der Vorkriegslöhne. Ihre Kaufkraft sinkt immer tiefer mit dem Steigen der Lebenshaltungskosten. Durch die von der Reichstagsmehrheit jetzt beschlossenen Zoll- und Steuergesetze tritt eine weitere allgemeine Preiserhöhung ein, die durch die Erhöhung der Wohnungsmieten noch verschärft wird. Die hierdurch bedingten Lohnkämpfe müssen in naher Zukunft noch sehr viel umfangreicher und erbitterter werden.“

Die Unternehmer versuchen, den von ihnen systematisch durchgeführten Lohnruck als eine sich zwangsläufig aus der deutschen Wirtschaftslage ergebende und für die Arbeitnehmer unausweichliche Konsequenz zu rechtfertigen. Unter dem Vorwand, dem Interesse der deutschen Wirtschaft und des deutschen Volkes zu dienen, provozieren die Unternehmer Lohnkämpfe, deren Ziel ist, durch niedrige Löhne die Konkurrenzfähigkeit deutscher Waren auf dem Auslandsmarkt zurückzugewinnen. In Verteidigung ihrer verhängnisvollen Lohnpolitik klagen sie unter skrupelloser Beeinflussung der Regierung und der Öffentlichkeit die Gewerkschaften an, in einseitiger Interessenvertretung durch unerfüllbare Lohnforderungen den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft zu verhindern und das Land einer neuen Inflation entgegenzutreiben.

Der 12. Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands erblickt in den Einwürfen der Unternehmer das rücksichtslose Streben, völlig einseitig nur die eigenen Interessen zu vertreten. Er erklärt, daß die Fehler und Versäumnisse, die das Unternehmertum während der Inflationszeit begangen hat, nicht ausgeglichen werden können durch einen weiteren Druck auf die lebendige und arbeitsbereite Volkskraft, die in der Arbeiterschaft zur Entfaltung drängt. Unter voller Würdigung aller auf der deutschen Wirtschaft ruhenden Lasten gibt der Kongreß dem festen Willen der Gewerkschaften Ausdruck, der Arbeiterschaft, die in den vergangenen Jahren ungezählte Opfer auf sich genommen hat, eine angemessene Lebenshaltung zu ermöglichen. Denn die Hebung der Kaufkraft und der Lebenshaltung der breiten Massen ist notwendig und

nutzbringend für die deutsche Wirtschaft und für das gesamte deutsche Volk.

Der Kongreß ermutigt die Arbeiterschaft, den Kampf um einen gerechten Lohn mit Energie und Ausdauer zu führen. Denn dieser Lohnkampf ist zugleich ein Kampf um den Anteil der Arbeiterschaft an allen Kulturgütern des Volkes. Alle Kräfte müssen daher in ihm vereinigt werden.“

Warum?

Ein Beitrag zur Zollpolitik und ihrer Wirkung.

Warum umschmeichelt in den Zeiten der Wahlen das Bürgertum nur das Proletariat und weshalb ist dessen Propaganda nur auf die Gewinnung von Proletariern eingestellt? Weil das Bürgertum erstens seiner eigenen Klassenangehörigen sicher ist und weil zweitens in keiner Klasse so viel schwankende Rohre, so viel Unsicherheit in der eigenen Meinungsbildung, so wenig Vertrauen in die eigene Kraft, so viel Stimmungsschwüngen und so viel Mangel an Klassenkenntnis zu finden ist, als im Proletariat. Dieser Satz mag angesichts der gewaltigen Massenorganisationen von Partei und Gewerkschaften, der Solidarität, die in diesen Organisationen geübt wird und deren Grundpfeiler sie bildet, gewagt erscheinen, und dennoch ist er richtig. So groß auch diese Organisationen sind, und so sehr in denselben das Klassenbewußtsein gereift ist, so umfassen sie doch nur einen Teil der Arbeiterklasse. Der übrige bildet jenen undefinierbaren Brei, der immer hin- und hergerissen wird, von einem Extrem ins andere taumelt oder teilnahmslos beiseite steht, der auf jeden noch so dreisten Schwindel hereinfällt, der je nach Stimmung irgend einer Partei seine Stimme gibt.

Das Proletariat bildet in Deutschland, wie in jedem großen Industriestaat, die Mehrheit; der klassenbewußte Teil ist in der Minderheit. Das Bürgertum könnte in Deutschland nicht herrschen, wenn nicht dieser gewaltige Spalt innerhalb der Arbeiterklasse wäre. Nach einer Berechnung, die W. Weitinsky in der sozialistischen Zeitschrift „Die Gesellschaft“ veröffentlicht, betrug 1921 die Zahl des berufstätigen Proletariats in Deutschland 19 250 000. Rechnen wir dazu die Familienangehörigen, so können wir weit über die Hälfte der Bevölkerung Deutschlands als Proletariat im weitesten Sinne des Wortes zählen, selbst wenn wir versucht sein wollten, die 940 000 der in freien Berufen und in öffentlichen Diensten stehenden abzurechnen. Bei den Reichstagswahlen im Dezember 1924 wurden für die Sozialdemokratie und die Kommunisten zusammen etwas über 10 1/2 Millionen Stimmen abgegeben.

Es ist notwendig sich diese Zahlen vor Augen zu führen, will man die Richtigkeit des eingangs Gesagten erkennen, und sie bilden gleichzeitig eine Antwort auf die Frage, wieso es in Deutschland möglich ist, daß einige hundert Menschen der Großindustrie und der Großlandwirtschaft das ganze Volk unter die Zitronenpresse der Zölle und Konsumsteuern nehmen konnte. Dem klassenbewußten Arbeiter weisen diese Zahlen aber auch die Richtung, in der er sich zu betätigen hat. Es heißt Aufklärung zu schaffen im Lager der Indifferenten, die öde und stumpf ihr Leben dahindämmern, gleich Tieren im Stall. Sie müssen erkennen lernen die Klassenscheidung der kapitalistischen Gesellschaft, in der die besitzende Klasse rücksichtslos ihre Interessen wahrnimmt.

Uns als Gewerkschaften fällt nicht nur diese Aufgabe mit zu, wir haben auch dafür zu sorgen, daß die Schäden aufgehoben werden, die der Indifferentismus anrichtet, und je mehr wir diesen beseitigen, um so mehr wird unserer Arbeit der Sysiphuscharakter genommen, um so mehr wird es uns gelingen, die Lage der Arbeiterklasse zu heben und im Endziel die klassenlose Gesellschaft zu verwirklichen.

Wäre nur ein Teil jener Rücksichtslosigkeit bei uns vorhanden, wie wir sie im gegnerischen Lager vorfinden, dann müßten wir jetzt nach Annahme der Zollvorlage darauf los dreschen, was das Zeug hält. Wir wollen es tausendmal unterstreichen, wir haben keine Lust, die Last zu tragen, die uns Habgier und Dummheit aufzubürden versucht. Die Arbeiterschaft wehrt sich, weil sie muß!

Wir können einige Jahre zurückgehen, um eine ähnliche Streikwelle zu beobachten, wie sie gegenwärtig über Deutschland hinwegweht. In schlauser Berechnung soll der Kampfeswille der Arbeiter durch die Preis-Abbaumaneuvers der Regierung geschwächt werden. Wie ein Hohn darauf wirkt das Telegramm von Luther an die Leipziger Herbstmesse, in dem er die freie Wirtschaft über alles preist. Es ist allerdings mit Genugtuung festzustellen: Darauf fällt niemand mehr herein, der Trick ist zu abgegriffen! Nur den kapitalistischen Südelknechten bleibt es überlassen zu behaupten, jene, die den Krampf der Regierung als solchen bezeichnen, wären Gegner des Preisabbaues. — Auch so ein Kapitel, daß diese Südelknechte ihren Brei täglich Millionen von Arbeiter vorsetzen können.

Während Regierung und die Mehrzahl der Unternehmer krampfhaft nach Argumenten und Mitteln suchen, um wenigstens den Schein zu wahren für ihre Gegnerschaft gegen einen gerechten Ausgleich für die Lohnempfänger, machen es sich die Unternehmer in unserm Gewerbe besonders leicht. Sie suchen nicht lange nach Argumenten, sondern sie wollen die unangenehme Auswirkung der Zollpolitik mit dem Beschluß aus der Welt schaffen, keine Zulagen zu bewilligen, jeder Erhöhung des Lohnes den stärksten Widerstand entgegenzusetzen und jene Firmen mit Strafe zu bedrohen, die weitsichtiger sind. Auf der anderen Seite glauben sie, die Gehilfen seien gebunden durch die tarifliche Bestimmung des Leistungslohnes.

Wir wollen feststellen: durch die tatsächliche Steigerung unserer Löhne seit etwa einem Jahr wurde auch die Leistung gehoben. Es ist also so, wie die Gehilfenvertretung bei den verschiedenen Verhandlungen erklärt hat, Leistung und Höhe der Löhne stehen in Wechselwirkung zu einander. Wir wollen keinen Zweifel aufkommen lassen, unter Höhe des Lohnes meinen wir Inhalt desselben. Und nun glauben die Unternehmer gegen diese Entwicklung im Gewerbesündigen zu dürfen durch ihre Weigerung, den Inhalt des Lohnes zu erhalten und weiter zu steigern! Das dürfte sich böß auswirken! Behält der Geist der Lohnrücker recht oder der der Gehilfen? Von der Beantwortung dieser Frage wird es abhängen, welchen Weg das Gewerbe geht. Und soll es seinen Aufstieg weiter fortsetzen, müssen die Gehilfen recht behalten, müssen die Löhne auch weiterhin ausgebaut werden, müssen diese an die des Weltmarktes herangebracht werden. Auch der deutsche Berufsangehörige hat keine Lust, dauernd unter dem Niveau seines ausländischen Kollegen zu leben. Damit haben wir auch gleich das nächste Ziel unserer Lohnpolitik umrissen.

Wir haben also einen anderen Begriff von Leistung und Lohn und Leistungslohn, und es ist der Gehilfenorganisation einfach unmöglich, ruhig zuzusehen, wie diese Bestimmung im Tarif durch schiefe Auslegungen sabotiert wird. Wenn die Gehilfen nicht ebenso mit tarifwidrigen Mitteln auftreten, wie die Unternehmer in Weimar sie zur Praxis erhoben haben, dann erscheint das uns sehr zweckmäßig, denn einen größeren Mißgriff konnten die Unternehmer wirklich nicht machen. Entweder scheidet der Beschluß an der rauhen Wirklichkeit oder er muß zurückgenommen werden. In beiden Fällen ein Ausgang zu Nutz und Frommen der Gehilfen. Leugnen bewerten wir als Zurückzieher. — —

III. Konferenz der gewerkschaftlichen Jugendarbeit.

I.

Die III. Konferenz zur Besprechung von Fragen gewerkschaftlicher Jugendarbeit tagte am 6. und 7. August in Hamburg.

Der eigentlichen Tagung ging eine Begrüßungsfeier am Abend des 5. August im Gewerkschaftshaus Hamburg voraus.

Der erste und wirkungsvolle Charakter der Feier drückte der Tagung den richtigen Stempel auf. Die Konferenz hatte sich in der Tagesordnung: 1. Die gewerkschaftliche Jugendarbeit seit dem Leipziger Gewerkschaftskongreß; 2. Jugend und Beruf; 3. Gewerkschaften und Berufsschule und 4. Die Berufsausbildung in der Gesetzgebung, einen umfangreichen Arbeitsplan gegeben.

Am 6. August, morgens 9 1/2 Uhr wurde dann die Konferenz zur Erledigung obiger Tagesordnung eröffnet. Nach Erledigung der geschäftlichen Formalitäten und der Wahl einer Mandatsprüfungskommission wurden die Gesuche der Kommunistischen Jugend und der Sozialistischen Proletarierjugend auf Zulassung eines Gastdelegierten nach kurzer Debatte abgelehnt.

Dann tritt die Konferenz sofort in die Tagesordnung ein. — Von den sonst üblichen Begrüßungen durch andere Organisationen wird in Anbetracht der zu leistenden Arbeit verzichtet.

Zum 1. Punkt der Tagesordnung referiert der Jugendsekretär beim ADGB., Walter Maschke. In seinen Ausführungen geht er von der Ermordung Rathenaus aus, die wohl allen das Signal zur Ankündigung der Reaktionserscheinung gewesen ist. Die reaktionäre Zeitepoche, die damals ihren Anfang nahm, ist für die Gewerkschaften und im besonderen für die gewerkschaftlichen Jugendorganisationen nicht ohne Rückwirkungen gewesen. Eine der charakteristischsten Reaktionserscheinungen war die Verlängerung der Arbeitszeit, wie sie im Dezember 1923, gestützt auf die Arbeitszeitverordnung, zur Durchführung gebracht wurde.

Die Jugend hat sicherlich unter der Verlängerung der Arbeitszeit genau so gelitten wie die Erwachsenen. Mit der Verlängerung der Arbeitszeit einher, ging die planmäßige Zurückschraubung der Löhne bis unter das Vorkriegsniveau.

Die Inflation, die ohnehin schon eine Schwächung der gewerkschaftlichen Organisationen be-

wirkte, ließ den Gedanken und die Absicht des Unternehmertums auf die Niederrichtung und Vernichtung der Gewerkschaften außerordentlich steigern. In völliger Verknennung und Verirrung listeten die Kommunisten durch ihre Zersplitterungstaktik diesem Vorhaben Vorschub. Die Gewerkschaften verloren rund 50 Proz. ihrer Mitglieder. Die Machtstellung der Gewerkschaften wurde dadurch stark beeinträchtigt. Der Kampf für Jugendschutz und Jugendrecht wurde dadurch natürlich zu unserem Ungunsten außerordentlich gemindert. Ferner zwangen die Verhältnisse den Gewerkschaften Einschränkungen auf, so wurde die hauptamtliche Jugendarbeit in vielen Gewerkschaften eingestellt. Die Jugendzeitschriften, -zeitungen und -beilagen werden dem gleichen Opfer. Selbst die örtliche Arbeit war zum Versagen verurteilt.

Nachdem sich die Verhältnisse wieder gefestigt hatten, konnte auch wieder an fortschrittliche Arbeit gedacht werden. In den Sachverständigenkonferenzen, an denen Jugendleiter und auch Jugendfunktionäre der Verbände beteiligt waren, ist zunächst ein Jugendprogramm aufgestellt worden. Die Bildung örtlicher Jugendkartelle wurde gefördert.

Die Stellung zu den Jugendfragen, als da sind die Regelung des Lehr링swesens auf tariflicher Grundlage, Anstrengung einer gesetzlichen Regelung der Urlaubsfrage und die Festlegung einer gewissen Freizeit für die Jugend und ihre zweckentsprechende Verwendung stand bei allen Beratungen im Vordergrund. Das Unternehmertum stemmt sich gegen diese Forderungen. Ihr Verhalten ist dabei von einer rein nachpolitischen Einstellung diktiert. Hier zeigt sich, wie notwendig die Stärkung der Macht der Gewerkschaften ist. Sind die Gewerkschaften in der Lage, von sich aus eine tarifliche Basis zu erzwingen, so wird der Weg zur gesetzlichen Regelung eine bedeutende Abkürzung erfahren.

Die Stellung der Unternehmer zu Berufsschule liefert ebenfalls den Beweis ihrer rückschrittlichen Einstellung. Die von ihnen gemachten Vorstöße zur Beseitigung des Tagesunterrichtes in den Berufsschulen sind bis jetzt abgewehrt worden.

Um unseren Forderungen den richtigen Rückhalt zu geben, haben wir versucht, die Öffentlichkeit dafür zu interessieren.

Unser diesbezügliches Wirken ist insofern von Erfolg gekrönt gewesen, als der Ausschuss der deutschen Jugendverbände sich einstimmig auf den Boden unserer Forderungen gestellt hat. Auf die Arbeitgeber ist diese Bewegung nicht ohne Rückwirkung geblieben. Jetzt machen sie betriebstechnische Gründe für die Abkürzung geltend.

Mit dem Ausschuss der deutschen Jugendverbände, dem Verband für Jugendherbergswesen und dem Verband der sozialistischen Arbeiterjugend haben wir unsere Zusammenarbeit fortgesetzt. Mit der sozialistischen Arbeiterjugend war das Verhältnis ein freund-nachbarliches Zusammenarbeiten. Mit der kommunistischen Jugend kommt eine Zusammenarbeit auf Grund der gemachten Erfahrungen nicht in Frage.

Unsere organisatorische Arbeit für die Zukunft muß erneut zur Belegung gebracht werden. Wenngleich auch den Wünschen und Erwartungen, die auf die örtliche Zentralisierung der gewerkschaftlichen Jugend gesetzt worden sind, entsprochen worden ist, so muß doch in dieser Richtung weitergearbeitet werden. Zu empfehlen ist, daß die örtlichen Kartelle mit der Arbeiterjugend und der Sportbewegung zusammenarbeiten. Eine Abgrenzung des Tätigkeitsgebietes der einzelnen Organisationen ist nicht zu empfehlen.

Zur Reichsbannerbewegung, die unsere Arbeit beeinträchtigen soll, muß gesagt werden, daß Vorteile und Nachteile, die mit dieser Bewegung verbunden sind, sich einander aufheben und deshalb eine Stellungnahme gegen das Reichsbanner nicht in Frage kommen kann.

Unsere Hauptaufgabe muß die Bildungs- und Erziehungsarbeit sein. Gegenüber der stark ideologischen Einstellung der Arbeiterjugend sowie der Jungsozialisten muß die Gewerkschafts-Jugendarbeit mehr Gewicht auf Verständnis für reale Tatsachen legen. Wird in diesem Sinne die Gewerkschafts-Jugendarbeit betrieben, so werden wir weiter den Fortschritt auf unserer Seite haben.

Diesem Bericht schloß sich eine sehr umfangreiche und lebhaftige Debatte an. Die Meinungen der 20 Diskussionsredner zu diesem Punkt waren über das, was geleistet worden ist und das, was geleistet hätte werden können, sehr geteilt. So wurde bemängelt, daß kein zentrales Jugendorgan herausgegeben worden sei. Ebenfalls sei das Ferienheim noch nicht geschaffen. Die geplanten Funktionärskurse seien nicht zur Durchführung gebracht und die Bildungsarbeit für die Jugend sei nicht ausreichend von der Zentrale unterstützt worden.

Daß sich der Bundesvorstand des ADGB, gegen die Schaffung des Jugendbeirates gestimmt habe, wurde sehr scharf von den meisten Rednern kritisiert. Verlangt wurde weiter von einer Rednerin, daß der Erziehungsarbeit

der weiblichen Jugend zur Gewerkschafts-Jugendarbeit mehr Beachtung geschenkt werde.

Von anderen, vorwiegend älteren Diskussionsrednern, wurde diesen Auffassungen gegenüber der Standpunkt vertreten, daß die Gewerkschaften zunächst doch noch unter den Nachwirkungen der Inflationszeit leiden und das vorerst die nötigen Mittel zur Führung wirtschaftlicher Kämpfe zu sichern sind, ehe die übrigen durch aus notwendigen Forderungen der Jugend ihre Berücksichtigung finden können. In dieser Richtung sprach auch der Vertreter des ADGB, Knoll sich aus. Im Schlußwort setzte sich Maschke als Referent in ähnlicher Weise mit den Diskussionsrednern auseinander.

Der Bericht der Mandatsprüfungskommission ergibt die Anwesenheit von 190 Delegierten und fünf Gästen. Alle Mandate werden für gültig erklärt.

Über den 2. Punkt der Tagesordnung: „Jugend und Beruf“ spricht Ernst Niekisch vom Textilarbeiter-Verband.

In seinen Ausführungen zeigt der Referent die Schwierigkeiten auf, in die der Berufsgedanke durch die moderne industrielle Entwicklung gekommen sei. Das Persönlichkeitsbewußtsein und Bedeutsamkeitsgefühl, wie es im Handwerk früher seinen Ausdruck fand, wird durch die fortschreitende technische Entwicklung immer mehr ausgeschaltet. Durch diese Entwicklung wird der Mensch zur Maschine und zum Handlanger, der durch jeden anderen Menschen ohne große Schwierigkeiten ersetzt werden kann.

Die Berufsausbildung scheint damit entbehrlich zu sein und ihren Sinn und Zweck verloren zu haben. Diese tragische Lage entspringt notwendigerweise aus den Voraussetzungen unserer Produktionstechnik und ist augenblicklich ausweglos und nicht von Grund aus zu überwinden. Unter diesen Verhältnissen leidet unsere Jugend in erster Linie.

Die schöpferische Betätigung, der Gestaltungssinn, wird in der Berufsausbildung mehr und mehr untergraben. Die Jugend will jedoch gestalten und den Dingen ihr eigenes Gesicht aufdrücken. Wo diese Möglichkeit nicht vorhanden ist, wird der Jugend die Arbeit zur Qual. Die inneren Beziehungen zur Arbeit gehen verloren und führen zur Zerreißen des Innenlebens der Jugend, die wiederum zur seelischen Entwurzelung führt. Alles was demgegenüber zu tun notwendig ist, kann nur Notbehelf sein, sei es, daß es sich um die Schaffung von Lehrwerkstätten handelt, die sicher ein werbetreibendes Bewußtsein erwecken können, sei es die Belebung des Geistes durch eine umfangreiche Freizeitkultur oder sei es die Erstrebung und Förderung eines wirksamen Jugendschutzes, der doch nur Negatives schafft, indem er die Jugend vor übermäßiger Ausbeutung schützen kann, dagegen aber nichts Positives bringt, durch das die seelische Entwurzelung der Jugend überwunden wird.

Erforderlich sind nicht nur technische und geistige Umstellungen des Produktionsprozesses, sondern eine gründliche Umgestaltung unserer Wirtschaftsverfassung, die von den Bedürfnissen und Beschaffenheiten der menschlichen Natur ausgehend, dem Arbeiter erneut eine berufliche Laufbahn sichert und die technischen Einrichtungen dem Menschen anpaßt, und nicht wie bisher der Mensch sich den technischen Einrichtungen anzupassen hat.

Dieses Referat wurde mit gespannter Aufmerksamkeit verfolgt. Die Diskussion hierüber wird mit dem 3. Punkt der Tagesordnung: „Gewerkschaften und Berufsschule“, worüber Paul Koske (Berlin) spricht, gemeinsam vorgenommen.

Koske geht in seinem Referat von einer kurzen Betrachtung unserer augenblicklichen wirtschaftlichen Verhältnisse aus und betont, daß wir uns im Zeitalter des Amerikanismus befinden. Solange eine rein handwerksmäßige Wirtschaftsorganisation vorherrschend war, war die Berufsschule lediglich eine Fortsetzung der Volksschule. Erst mit der zunehmenden Industrialisierung wurde die Berufsschule ein über den Rahmen der Volksschule hinausgehender wirtschaftlich wichtiger Faktor. Heute hat die Berufsschule die Aufgabe, den Schüler durch Ergänzung und Vertiefung seiner beruflichen Ausbildung zu einem leistungsfähigen Arbeitsglied des Volkes zu ertüchtigen. Durch staatsbürgerliche Belehrung und Pflege des sozialen Gefühls soll die Schule den jungen Menschen zur Erfüllung seiner späteren Aufgaben in der menschlichen Gesellschaft und der Berufsgemeinschaft heranzubilden.

Als wertvolles Mitglied einer Arbeitsgemeinschaft ist der Berufsschüler zugleich Angehöriger einer Berufsgemeinschaft. Deshalb müssen die Gewerkschaften als Organ der Berufsgemeinschaften weitgehenden Einfluß auf den inneren wie äußeren Ausbau der Berufsschule erhalten. Die Mitwirkung der Gewerkschaften muß sich auf die Gesetzgebung, die Verwaltung, die Aufstellung von Lehrplänen sowie die Ausbildung der Berufsschullehrerschaft erstrecken. Darüber hinaus erstreckt sich die Mitwirkung der Gewerkschaften auf Gebiete,

die sich aus der praktischen Arbeit in der Schule ergeben.

Gefordert muß ferner werden, daß ein Lohnausfall durch den Besuch der Schule für den Jugendlichen nicht entstehen darf. Die gesamte Arbeitszeit darf einschließlich der Schulausbildung acht Stunden pro Tag nicht überschreiten.

Am Schlusse seiner Ausführungen unterstützte der Referent den eingebrachten Entwurf eines Reichs-Berufsschulgesetzes wie es von der Reichstagsfraktion der SPD. eingebracht worden sei.

Mit allgemeiner Zustimmung wurde auch dieser Vortrag aufgenommen. Damit war der erste Verhandlungstag beendet.

Kleiner Nutzen, großer Umsatz in der Tapetenbranche.

In dem Leitartikel „Die neuen Kollektionen“, der „Tapetenzeitung“ Nr. 16, vom 15. August wird, bezeichnend auf obenstehende Überschrift, geschrieben: „Wenn mit diesem Anfang unsere Fabriken zu dem einzig möglichen Grundsatze ‚kleiner Nutzen, großer Umsatz‘ zurückgefunden haben, so kann dieses von Händlerseite nach den Auswüchsen der letzten Jahre nur freudig begrüßt werden“. Das soll wohl heißen, daß in der Tapetenindustrie nicht so viel verdient wird, wie es den Anschein hat. Obiger Grundsatz gilt in der Tapetenbranche nicht und hat auch noch nie gegolten. Nach meiner Ansicht ist die Rechnung immer so gewesen: je größer der Umsatz, um so größer der Profit. Das andere ist ja nur als Reklameschild gedacht. Sehen wir uns die Sache doch ein bisschen genauer an. Woher stammen denn alle die Neu- und Umbauten und Vergrößerungen und dgl. mehr? Etwa vom kleinen Nutzen? Wie sieht es denn bei den Tapetenhändlern aus? Jeder Tapezierer erhält beim Einkauf von Tapeten vom Händler mindestens 25 Proz. Rabatt. Auch wenn man sich beim Einkauf von Tapeten als Formstecher ausgibt, erhält man überall 20 bis 25 Proz. Preisermäßigung. Schreiben denn die Fachzeitschriften nicht selber, daß die Tapetengeschäfte wie Pilze aus der Erde schießen? Doch auch bloß wegen dem kleinen Nutzen. Aber drängt sich hier denn nicht unwillkürlich die Frage auf, was denn eigentlich der Händler verdienen muß, wenn derselbe in sehr vielen Fällen seine Ware mit 25 Proz. Preisermäßigung abgibt?

Wie steht es aber nun mit den Formstechern, die doch die eigentlichen Träger der Tapetenindustrie sind? Können die sich vielleicht von ihrem Verdienst jeden Sommer eine Reise nach dem Seebad erlauben? Oder können die Formstecher vielleicht von ihrem Einkommen 20 bis 25 Proz. abgeben bzw. auf die Sparkasse bringen? Unsere Arbeitskraft ist doch auch eine Ware und als Kaufmann soll man doch seine Ware so teuer wie möglich verkaufen, um möglichst viel zu profitieren. Der Formstecher kann das Verhältnis der Tapetenfabrikanten sowie des Händlers nicht verstehen, und zwar aus dem Grunde nicht verstehen, weil auf der einen Seite enorme Gewinne eingehemst werden, während auf der anderen Seite die Formstecher so entlohnt werden, daß sie schon lange nicht mehr ein menschenwürdiges Dasein führen können. Ist es doch schon vorgekommen, daß Formstecher ihre paar Ferientage erst um die Weihnachtszeit herum machen konnten. Alles nur deshalb, um den Wünschen der Herren Tapetenfabrikanten Rechnung zu tragen. Und in diesem Kampf ums Dasein der Formstecher versprechen die Herren Fabrikanten den Herren Formstecherebesitzern die weitgehendste Unterstützung gegen die Formstecher, wenn diese es wagen s-llen, einmal etwas härter aufzutreten, wie sie es sonst gewohnt sind. Es soll ja auch Formstecherebesitzer geben, die klagen, als wären sie auch mit ihrem Erdenlos scheinbar nicht zufrieden. Wenigstens hört man den einen oder den anderen bei Lohnverhandlungen seufzen, daß man bei dem ekelhaften „Pfefferminzgeschäft“ immer zusetzen muß. Dabei glaubt man den Formstecher für so harmlos halten zu können, daß er nicht einmal weiß, daß doch erst etwas vorhanden sein muß, um zusetzen zu können. Denn wenn in einen Brunnen, aus dem immer Wasser geschöpft wird, keins mehr zufließt, muß er doch austrocknen.

Aber nehmen wir zugunsten des „Pfefferminzgeschäfts“ die Klagen als berechtigt an, so hätten wir Formstecher in gewissem Sinne an den Formstecherebesitzern wirtschaftliche Leidensgenossen, die es eigentlich begrößen müßten, wenn die Formstecher einmal sagen würden, es kann so nicht mehr weiter gehen; wir wollen auch etwas abhaben von dem kleinen Nutzen und dem großen Umsatz. Dann sollte man aber nicht die Tapetenfabrikanten, wie bei einem Großfeuer die Feuerwehr, um Hilfe rufen, sondern man sollte den Herren Fabrikanten sagen wenn die Formstecherhelfen das Gewerbe einmal unter Druck setzen; wir erhalten auch zu wenig für unsere Ware und unsere Gehilfen müssen eine menschenwürdige Existenz haben. Was hierüber noch zu sagen wäre, mag sich jeder nun selber zurechnen.

Zu der Existenzfrage der Formstecher wäre auch vom künstlerischen Standpunkt noch manches zu sagen. So schreibt man in dem zweiten Artikel derselben Nummer der „Tapetenzeitung“ über die Entwicklung der Tapeten unter anderem: „Eine große Zeitspanne hat es gedauert, bis das Tapetengewebe ‚künstlerischen Wert‘ erhielt und jenen Traum von Form und Farbe gestaltete, den heute eine große Auswahl künstlerisch zusammengestellte, neuzeitliche deutsche Tapete bietet“. Es ist ja nicht von der Hand zu weisen, daß in der heutigen Zeit auch in bezug auf die Tapete wirklich großartiges geleistet wird. Aber wie sieht es bei denen aus, die die Hauptarbeit zu leisten haben? Wird vielleicht darauf gesehen, daß etwas wirklich künstlerisches hergestellt wird? Ist die Arbeit des Formstechers nicht schon an und für sich wirklich künstlerisch zu nennen? Ein jeder, der die Arbeit in der Praxis schon einmal gesehen hat, muß dies bestätigen. Aber wird vielleicht vom Formstehereibesitzer oder deren „Beauftragten“ die Arbeit so behandelt, als wenn etwas künstlerisches hergestellt werden soll, wenn die Formstecher die Walzen zur Ausführung erhalten? Es wird fast immer im allgemeinen darauf hingewiesen, entweder offen oder versteckt, daß mehr Augenmerk auf die Quantität zu verwenden ist. Und dieses wird meistens mit sehr wenig stichhaltigen Redensarten zu begründen versucht. Z. B.: „Es kommt nicht so genau darauf an“ oder „der betr. Fabrikant bezahlt zu wenig“ oder „es kommt ja doch an die Wand“ u. dgl. mehr. Soll denn auf diese Art und Weise die künstlerische Ausführung leiden? Wenn man sich schon auf den Standpunkt stellt, daß künstlerisches erreicht werden soll, dann muß man schon bei der Ausführung der Arbeiten darauf achten, daß wirklich gute Arbeit abgeliefert wird. Denn, wenn die Arbeiten nicht dementsprechend ausgeführt sind, dann kann auch später beim Drucken kein Anspruch darauf erhoben werden, daß eine künstlerische Wirkung erzielt wird. Und daher die vielen Reklamationen der Fabrikanten an den Formstehereibesitzer. Hier wird sehr viel gesündigt, und zwar um des Profites willen wird bei dem Formstehereibesitzer mit Argusaugen darauf gesehen, daß alles, aber auch alles möglichst schnell fertiggestellt wird. Schon in den ersten Lehrjahren wird von den „Meistern“ mit aller Energie, die einer besseren Sache würdig wäre, danach getrachtet, ihren Zöglingen eine gewisse Fixigkeit beizubringen, unbekümmert um die Qualität der Arbeit. Ja, man geht sogar so weit, daß man den Lehrlingen zum Anreiz einer intensiveren Tätigkeit eine Prämie verspricht, bloß von dem Gedankengang ausgehend, möglichst „viel“ zu profitieren. Ob der Lehrling etwas dabei lernt, ist sehr zweifelhaft, aber dem Herrn auch ziemlich gleichgültig. Wenn die jungen Leute ihre Lehrzeit absolviert haben, dann kann ja der Verband oder dessen Funktionär sich damit herumschlagen, daß ihnen der ihnen zustehende Tariflohn gezahlt wird. Ist es doch schon vorgekommen, daß junge Leute so viel „gelernt“ hatten, um zum größten Leidwesen ihrer Eltern nur noch als Hilfsarbeiter Verwendung finden zu können. Hierzu könnte noch

manch einer ein Liedchen singen. Doch genug davon.

Wenn aber nun der Geist der Zeit es verlangt, daß auch bei der Tapete der künstlerische Wert und Sinn in den Vordergrund gestellt wird, dann muß auch dazu Übergang gemacht werden, daß dieser künstlerische Sinn auch bei den Formstechern immer mehr Platz greift. Das heißt mit anderen Worten, daß der Formstecher seine Arbeiten nicht rein mechanisch ausführen, sondern sich hineinendenken und zu verstehen suchen soll, was der Künstler, der das Muster entworfen hat, damit erreichen will. Dieses bedingt aber, daß der Formstecher für seine Arbeiten so entlohnt wird, daß er ein menschenwürdiges Dasein führen kann. Wenn alle Formstecher sich auf den Standpunkt stellen würden, um den Grundsatz, wirklich gute Arbeit zu leisten, hochzuhalten, dann würden die Beanstandungen seitens der Fabrikanten verschwinden und auch für die Formstecher eine bessere Zeit kommen. Dann könnte man sich dem Schlußsatz des ersten Artikelschreibers anschließen, der besagt: „So wünschen wir, daß diesem Jahre des Stillstandes ein in künstlerischer Beziehung um so ergiebigeres Jahr folgen möge, dessen wirklich neue Tapetenmuster die Branche organisch weiter entwickeln“. Und ich füge dem hinzu, daß dann auch dem Formstecher eine Stellung im Wirtschaftsleben eingeräumt werden muß, die ihm auf Grund seiner wertvollen Tätigkeit innerhalb der Tapetenbranche zukommt.

Beschränkung des Mieterschutzes.

Dem Reichstag liegt ein Gesetzentwurf zur Abänderung des Mieterschutzgesetzes vor. Danach kann dem Mieter schon gekündigt werden, wenn er mehr als den Mietbetrag eines Monats schuldet, gegenüber dem Zweimonatsbetrag bisher. Ein wegen Zahlungsverzuges oder mieterwidrigen Verhaltens verurteilter Mieter soll jetzt zur Räumung der Wohnung auch dann gezwungen werden können, wenn ihm keine Ersatzwohnung gestellt wird, ausgenommen der Fall, daß der Mieter zum Beispiel als Erwerbsloser oder Sozialrentner infolge unverschuldeter Not nicht zahlen konnte und der ihm zugebilligte Zahlungsaufschub keine übergroße Härte für den Vermieter darstellt. Mietverhältnisse über gewerbliche Räume können ohne Ersatzstellung, jedoch mit Räumungsfrist gekündigt werden. Untermieter ohne selbständige Wirtschaft sollen nach dem Entwurf nicht mehr dem Mieterschutzgesetz unterstehen; ihnen kann dann jederzeit gekündigt werden. Untermieter mit eigener Haushaltung, deren Räume in engem wirtschaftlichen oder räumlichen Zusammenhang mit der Wohnung des Untervermieters stehen, müssen schon dann die Kündigung gegen sich gelten lassen, wenn der Untervermieter ein begründetes Interesse an der Erlangung des Raumes hat. Dem vollen Mieterschutz untersteht der Untermieter nur, wenn die gemieteten Räume nicht in engem Zusammenhang mit den Räumen des Untervermieters stehen. Dem Untermieter kann nach dem Vorschlag gekündigt werden, auch ohne

daß ihm eine Ersatzwohnung gestellt wird. In dieser neuen Fassung soll das Mieterschutzgesetz bis 1. Juli 1927 Gültigkeit behalten. Diese Abänderungen schließen große Härten für die Mieter in sich. Auf deren Kosten sollen die Wohnungsmänter entlastet und die Vermieter begünstigt werden. Daher muß der Abänderungsentwurf in dieser Fassung bekämpft werden.

Vom Büchertisch.

Die Gewerkschaftsbewegung in Belgien. Von C. Mertens. Verlagsabteilung des Internationalen Gewerkschaftsbundes. Preis 1,— Mk. Zu beziehen durch die Verlagsabteilung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin, Inselstraße 6.

Der Internationale Gewerkschaftsbund gibt unter der Bezeichnung „Internationale Gewerkschafts-Bibliothek“ eine Reihe von Schriften heraus, die sich mit der Gewerkschaftsbewegung in einzelnen Ländern beschäftigen. Das vorliegende Heft I behandelt die Gewerkschaftsbewegung in Belgien und schildert ihre Entstehung und Entwicklung, ihre inneren Einrichtungen und ihren Umlauf, ihre Kämpfe und Errungenschaften.

Das nächste Heft wird die Gewerkschaftsbewegung in Deutschland behandeln; dann folgen Darstellungen der Bewegungen in England, Schweden und den anderen im internationalen Gewerkschaftsbund zusammengeschlossenen Ländern. Jedes Vierteljahr ein neues Heft herausgegeben.

Unsere Arbeit. Bericht der freigewerkschaftlichen Jugendzentrale des Ortsausschusses Berlin des ADGB. 1923 bis 1924.

Der Kampf um die Aufwertung. Von Hugo Heimann. Verlag J. H. W. Dietz Nachf., Berlin SW 68. Broschiert Preis 1,— Mk.

Als das Aufwertungsgesetz von dem „Retter“ endgültig unterzeichnet war, überschwemmte den Büchermarkt eine Fülle von „populären“ Aufwertungsschriften. Aber nirgends gab es eine sachliche Übersicht über die einzelnen Fäden, die sich zu dem Netz „Aufwertungsgesetz“ verdichteten, zu jenem Netz, in dem man gutgläubige Rentner und Sparer jetzt glücklich gefangen hat.

Das Verdienst des allgemein als sachlich und kenntnisreich bekannten Vorsitzenden des Hauptausschusses des Reichsausschusses Hugo Heimann ist es, uns ein Buch gegeben zu haben, das in kurzer, knapper Form alles Wesentliche herausgearbeitet, klar und eindeutig die Stellung der sozialdemokratischen Fraktion in diesem Kampf kennzeichnet und mit besonderer Ausführlichkeit die verlogene doppelzüngige Haltung der Deutschen in dem Pranger stellt. Gerade dieses letztere dürfte für alle agitatorisch tätigen Genossen überaus wertvoll sein, da diese Dinge im Zusammenhange, noch in keiner Schrift behandelt wurden.

Der kleine Brockhaus. Verlag F. A. Brockhaus, Leipzig, Querstr. Erscheint in zehn Lieferungen zu je 1,90 Mk. 5. und 6. Lieferung.

Man mag die fünfte Lieferung des „Kleinen Brockhaus“ aufschlagen wo man will, man findet überall interessante Anregungen; und man mag suchen was man will, man bekommt überall eingehend Auskunft. Auf vier Seiten zusammengefaßt finden wir ein vollständiges Bild der Kunstgeschichte aller Länder und Völker, von der ägyptischen und babylonischen Kunst bis zum Expressionismus eines Kokoschka, Pechstein und Van Gogh. Eine weitere Übersicht „Infektionskrankheiten“ gibt genaue Angaben über Krankheitszeichen, Übertragungsweise und Inkubationszeit sämtlicher ansteckenden Krankheiten. Außerdem erfahren wir, welche Körperteile betroffen werden, wieviel Prozent der Erkrankten sterben, welcher Bazillus als Erreger in Frage kommt, wann und von wem er entdeckt wurde usw. Ferner wird uns in einer übersichtlichen graphischen Darstellung ein klares Beispiel vom Aufbau eines Konzerns gegeben.

Auch die sechste Lieferung bietet eine überreiche Fülle interessanter Stoffe in Wort und Bild. Wir machen z. B. auf die Übersicht „Hauptdaten der Weltliteratur“ aufmerksam, die mit 3000 v. Chr. beginnt und mit den wichtigsten dichterischen Erscheinungen der Gegenwart endet. Eine prächtige Probe, wie der Kleine Brockhaus auch im Bild ganz unpartheyisch über die Schöpfungen der Menschen zu berichten versteht, sind die beiden Tafeln „Malerei“. Auf ihnen sind Darstellungen aus dem frühesten Altertum und sogar aus der Eiszeit vereinigt mit Schöpfungen der modernsten Kunstströmungen.

Die Möglichkeit, den „Kleinen Brockhaus“ in Lieferungen zu je 1,90 Mk. beziehen zu können, hört mit Ende September auf, weshalb wir Interessenten empfehlen, baldigst ihre Bestellung aufzugeben.

Wir suchen in Dauerstellung tüchtige

Autoätzer, Kopierer Maschinenretuscheure und Nachschneider

nur erste Kräfte. Angebote mit Zeugnisabschriften erbeten. Karl Ulrich & Co., Graphische Kunstanstalt, Nürnberg, untere Baustraße 3.

Umdrucker

gesucht für Zink. Bewerber müssen selbständig sein, möglichst unverheiratet. Lubecawerke G. m. b. H., Blechindustrie, Wesermünde-Wulsdorf.

Tüchtiger Retuscheur erfahrener Photolithograph

in dauernde Stellung gesucht. J. J. Weber, Graphische Kunstanstalten, Leipzig.

Mehrere tüchtige Auto-Ätzer

werden noch eingestellt. Angebote mit Gehaltsansprüchen erbeten an Vereinigte Chemigraphische Kunstanstalten K. A. Machleb, Chemnitz, Theaterstraße 12.

Zinkdruckplatten Offsetplatten Zinkätzplatten

für Auto und Strich, prima Qualität. Karl Mess G. m. b. H., Berlin SO 36, Fernspr. Mor. 12289.

Tücht. Flachdruck-Maschinenmstr.

für Chromo, in Dauerstellung nach München gesucht. Verband der Lithographen und Steindruckere, München. Arbeitsnachweis Adolf Reitz, München, Julastr. 31.

Tüchtiger Merkantil-Lithograph

für Gravur und Feder (auch kleine Schrift) gesucht. Angebote mit Zeugnisabschriften, Mustern, Gehaltsanspruch, Angabe des Alters etc. erbeten an Kunstdruckerei Künstlerbund Karlsruhe A.-G., Karlsruhe i. B.

Tüchtigen Positivretuscheur

in dauernde Stellung gesucht. Angebote mit Zeugnisabschriften und Lohnansprüchen an M. Ruoff, Graphische Kunstanstalt, Pforzheim.

Graphische Fachklassen

Werkstätten für Stein-, Zink- u. Offsetdruck, Photomechanische Verfahren, Lithographie. Auskünfte durch die Direktion der Kunst-Gewerbeschule in Barmen

Brauchen Sie

Anregungen zur Anfertigung von Plakaten (Wörter in erstklassiger, künstlerischer Aufmachung, so kaufen sie sich die Mappe

Plakate

Original-Entwürfe aus dem Atelier von Hans Neumann. Sie sind dann für alle Fälle gepreßt. Preis inkl. Nachnahme 10,50 R.-M. Zu beziehen durch Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig.

Fachliteratur!

DER PRAKTISCHE UMDRUCKER

von Bernhard Enders. Preis inkl. Porto und Nachnahme 1,— R.-Mark

Der Steindrucker an der Schnellpresse.

Preis 1,50 Mk. inkl. Porto.

Das Tauschieren u. Ätzen der Metalle

Preis inkl. Porto und Nachnahme 1,50 R.-Mark

Die Erfindung der Lithographie

durch Alois Senefelder von Fritz Hansen. Preis inkl. Porto und Nachnahme 0,75 R.-Mark

Verlag Conrad Müller, Schkeuditz.